

Sanktionen in der Wissenschaft

1 Soll man sich als Wissenschaftler in der Politik engagieren?

Wenn man die Chance hat, in der Politik der Analyse, der Entwicklung und der Anwendung von potenziellen Kampfstoffen zu verstehen, sollte man diese Chance nutzen. Ich hatte in meinem ersten Berufsjahr, 1969, – in der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg – die Chance, eine Arbeitsgruppe über die Analyse und Ächtung biologischer Kampfstoffe aufzubauen. Daraus wurde eine Arbeitsgruppe der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, die mit dem Bundesministerium für Verteidigung kooperierte. Wir waren auch in guter Kooperation mit Prof. Carl Göran Hedén vom schwedischen Friedensinstitut SIPRI.

Friedenspolitik sollte auch mit Macht ausgestattet sein. In der Demokratie ist das möglich, in Diktaturen, aber auch im Kapitalismus ist es sehr schwierig. Auch Umwelt- und Klimaschutz müssen mit politischer Macht ausgestattet sein.

2. Ende des Kalten Krieges

Michail Gorbatschow sah es gegen Ende der 1980er Jahre als seine Pflicht an, die Möglichkeit eines West-Ost-Atomkriegs zu beenden. Er willigte mit dem damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan ein, die besonders gefährlichen atomaren Mittelstreckenraketen beiderseits zu zerstören. Diese konstruktive Vereinbarung führte zum *Ende des Kalten Krieges*, und zu einem Ende der fürchterlichen weltweiten Angst vor einem atomaren Dritten Weltkrieg.

Die bis dahin bestehende Existenz einer kommunistischen Weltmacht hatte übrigens eine positive Seite für den Westen: sie nötigte den „Westen“ der freien Marktwirtschaft, sich zu einer „Sozialen Marktwirtschaft“ zu bekennen, und damit die Behauptung der kommunistischen Machthaber zu widerlegen, dass in der Marktwirtschaft die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher würden. Es war die *Soziale Marktwirtschaft* (die in den USA schon unter Präsident Eisenhower begann), welche die unter Stalin laufende weltweite Expansion des Kommunismus beendete!

Das Ende des Kalten Krieges war für Osteuropa, aber auch für China, Südasien und Teile Afrikas und Lateinamerikas nützlich, weil die Marktwirtschaft ökonomische Vorteile enthielt. Aber das Ende des Kalten Krieges führte zum Kummer Russlands zugleich zum Ende der Sowjetunion. Und generell kam die *Soziale Marktwirtschaft* weitgehend zu ihrem Ende, weil Ökonomen weltweit, ausgehend von den USA und der dortigen „Chicago-Schule“, auf einmal die Vorzüge des freien Bietens betonten.

In den USA entstand zugleich die Einbildung, dass nicht nur der Kalte Krieg zu Ende war, sondern auch der endgültige Sieg der „guten Seite“ über die „böse Seite“, eben dem Kommunismus. Noch kurz vor dem Ende des Sowjetkommunismus hat der US-Amerikaner Francis Fukuyama seinen dramatischen Essay *The End of History?* publiziert, wo im Grunde das amerikanische System der Demokratie, der Freiheit und des Kapitals als das siegreiche Ende des guten Systems über das böse gefeiert wurde.

3. Neoliberalismus

Im Jahr 1999 eröffnete der Deutsche Bundestag die Enquetekommission *Globalisierung der Weltwirtschaft*. Ich durfte die Kommission leiten. Die „Neoliberale Marktwirtschaft“ war zum weltweit verbreiteten Dogma geworden, und dies bedeutete (oh Schreck für alle Demokraten!) zugleich eine Machtverschiebung vom demokratischen Staat zum deutlich weniger demokratischen Markt. Die Kommission kam zu der Erkenntnis, dass schon das *Wort* der „Globalisierung“ erst nach dem Ende des „Kalten Krieges“ oder des Kommunismus in den Sprachen der Welt auftauchte.

Die neoliberale Denke der Globalisierung hat in Russland zum Erfolg einer großen Zahl von „Oligarchen“ geführt, und zu entsprechend großen Zahlen von Milliardären in China, Indien, Brasilien, Europa, von den USA ganz zu schweigen. Gleichzeitig wurde weltweit das Prinzip der Demokratie geschwächt. Hier irrte sich also Fukuyama mit der Annahme, dass die Demokratie und der freie Kapitalmarkt geschwisterliche Freunde waren.

4. Neuer Kalter Krieg?

Der Ukraine-Krieg war zugleich ein Zornesausbruch Russlands über die Verwestlichung ehemaliger Sowjetrepubliken und zugleich eine Hoffnung, „den Westen“ als den weltweiten „Feind“ brandmarken zu können. China hat nach dem Machtübergang von Präsident Hu Jin Tao auf Präsident Xi Jin Ping eine ähnliche Einschätzung übernommen: „der Westen“, geführt von den USA, ist der ideologische Gegner und zugleich militärischer Feind im ostasiatischen Raum. China hat allerdings noch einen weiteren Grund, Russlands Überfall auf die Ukraine nicht laut zu kritisieren: Russland ist das mit großem Abstand reichste Land an natürlichen Ressourcen (Energie und Mineralien), und das ist für das dramatische Wachstum Chinas überaus wertvoll. Diese neue (und nach dem Fall der Berliner Mauer unvorstellbare) Situation kann als ein neuer „Kalter Krieg“ angesehen werden. Russland und China sehen das als große Chance an und haben begonnen, die „schlimmen Seiten“ des Westens über die ganze Welt zu brandmarken. Besonders gut kommt das in den Ländern in Afrika, Südasien und Lateinamerika an, wo man die Schandtaten Europäischer Kolonisatoren niemals vergessen kann.

5. Auch Klimaschutz ist Friedenspolitik

Schlussendlich müssen wir uns klarmachen, dass Friedenspolitik auch Klimaschutz und Erhalt der biologischen Vielfalt bedeuten muss. Wir müssen also die Militarisierung des Westens in der Ukrainekrise als bedrohlichen Denkfehler wahrnehmen. Wir müssen Wege finden, die für Russland und China halbwegs akzeptabel sind. Für die Ukraine muss das Ziel der Waffenstillstand und Frieden sein, vermutlich jedoch unter Preisgabe von Geländen, die man historisch als „russisch“ bezeichnen kann.

China und Indien (und erst recht Bangladesch und die pazifischen Inseln) haben ein starkes Eigeninteresse am Schutz des Klimas und der Milderung des bedrohlichen Anstiegs des Meeresspiegels. (Russland hingegen kann sich über das Auftauen der Tundra und die Schiffbarkeit des Polarmeeres freuen!) Für eine Weltfriedensordnung ist die Verbindung zwischen Klima und Abrüstung das gemeinsame Ziel.